



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

24. Sitzung vom 27. Juni 2011

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.00 Uhr

Leitung: Alex Achermann

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: Andrea Alt, Gaida Löhr

Präsident:

Alex Achermann

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten

Alex Achermann begrüsst zunächst Frau Pamina Blum und die anwesenden Schülerinnen und Schülern der Musikschule Binningen/Bottmingen. Die jungen Musikantinnen und Musikanten werden die Wartezeit während der Stimmenauszählung verkürzen.

Mitteilungen: Leider ist wieder von zwei Demissionen zu berichten. Lucas Metzger nimmt heute zum letzten Mal als Mitglied an der Sitzung teil, Fredy Gerber ist im Ausland, also bereits nicht mehr dabei. Der Präsident dankt den zurückgetretenen Ratsmitgliedern für ihren Einsatz. Für Fredy Gerber rückt Jürg Blaser nach, der schon heute mit dabei ist.

Absenzen:

Für die heutige Sitzung haben sich Andrea Alt und Gaida Löhr entschuldigt. (Die zunächst abwesenden M. Bolleter, S. Inäbnit und P. Treuhardt erscheinen rund 20 Minuten verspätet).

Neu eingereichte Vorstösse:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| - Motion SP: Anpassung des kinder- und jugendpolitischen Konzeptes der Gemeinde Binningen vom 2.9.1999 an die neuen Rahmenbedingungen | 173 |
| - Postulat Ch. Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeindefinanzen unter dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) | 174 |
| - Postulat K. Bartels, CVP: Erstellung einer Planungsgrundlage für die Leistungen der Gemeinde Binningen zu Gunsten von privaten Initiativen | 175 |
| - Interpellation K. Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker | 176 |
| - Anfrage U. P. Moos, SVP: zur vom Gemeinderat zur Umsetzung der Schlossmauer-Initiative eingesetzten Baukommission | 177 |
| - Motion R. Ewald, SVP: Einführung LED-Strassenbeleuchtung | 178 |
| - Interpellation U. Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der Gemeinde Binningen | 179 |
| - Interpellation U. P. Moos, SVP: Behindertenlift beim Binninger Schloss | 180 |

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Vorstössen.
Die Anfrage wird am Schluss der Sitzung beantwortet.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 23.5.2011:	
2. Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 2011/12	159
3. Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: Wahl des Vizepräsidiums für das Amtsjahr 2011/12	160
4. Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: Wahl eines Mitglieds in den Primarschulrat für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	171
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011 / Antrag der GRPK vom 25.5.2011: Jahresbericht 2010 <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	151
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: Rückständebericht <i>Geschäftskreisführung: Diverse</i>	155
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011: Abwasser- und Strassenbau Kronenweg <i>Geschäftskreisführung: Anne Mati/Charles Simon</i>	169
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011: Diverse Bauabrechnungen <i>Geschäftskreisführung: Diverse</i>	152
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: Bauabrechnung Sanierung Schloss Binningen <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	170
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: Neugestaltung Schlosstreppe <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller/Bruno Gehrig</i>	88
11. Bericht / Antrag der GRPK vom 24.5.2011: Wahlen/Abstimmungen <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	172
12. Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung vom 5.4.2011: Motion Grüne/EVP vom 28.2.2011: Abstimmungsreglement für die Gemeinde Binningen <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	143
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: Motion Urs Peter Moos, SVP, für ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	141
14. Diversa	

An der Bürositzung vom Freitag wurde die Traktandenliste vorbehandelt und das Büro schlägt vor, die Traktanden 6 und 8 erst nach dem Traktandum 12 zu behandeln. Es scheint den Büromitgliedern wichtig, dass die Traktanden 9 bis 12 heute behandelt oder an eine Kommission überwiesen werden können. Der Rückständebericht und die diversen Bauabrechnungen sind hingegen nicht dringlich.

Der Rat ist mit diesen Änderungen einverstanden.

Traude Rehmann: Die SP-Fraktion beantragt, das Geschäft 170, Bauabrechnung Sanierung Schloss Binningen, von der Traktandenliste zu streichen und für die nächste Einwohnerratssitzung am 29. August zu traktandieren. Nachdem der Gemeinderat dieses Geschäft der ROD zur Überprüfung übergeben hat, ist es sinnvoller, abzuwarten, bis Ende Juli der Bericht der ROD vorliegt. Nach Meinung der SP besteht keine Dringlichkeit, das Geschäft heute zu behandeln oder an eine Kommission weiterzuleiten.

Die SP-Fraktion verurteilt die namentlichen Anschuldigungen von Seiten der SVP, die in einer Pressemitteilung zu diesem Thema Mitte Juli veröffentlicht wurden, aufs Schärfste. Das sei Rufmord.

SVP: Urs-Peter Moos: Vor über viereinhalb Jahren wurde der Kredit für die Schlosssanierung bewilligt, seitdem ist das Geschäft hängig. Die SVP lehnt den Antrag der SP ab. Sie denkt, dass Bedarf besteht, heute darüber zu reden.

FDP: Markus Ziegler: Der Gemeinderat beschäftigt sich schon lange mit dem Geschäft und nach reiflicher Überlegung legt er es dem Rat zur Diskussion und Überweisung in eine Kommission vor. Der Redner möchte dem Gemeinderat folgen und sogar einen Schritt weitergehen, indem der Bericht direkt in eine Kommission gegeben wird. Der Bericht würde im Rat sowieso nicht im Detail behandelt werden. Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

CVP: Lucas Metzger: Seine Fraktion unterstützt den Antrag der SP. Nachdem Informationen an die Öffentlichkeit gelangten, konnte der Gemeinderat nicht auf den Bericht warten und überlässt nun dem Rat die Entscheidung, ob er das Geschäft heute behandeln oder es verschieben möchte, bis man alle Informationen hat.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger: Sollte tatsächlich die Gefahr bestehen, dass der Bericht im Rat nicht behandelt wird, wenn heute das Geschäft besprochen und der Bericht allenfalls direkt in eine Kommission gegeben wird, dann ist sie für eine Verschiebung dieses Traktandums. Sie sagt, alle hätten Anspruch auf diesen Bericht.

SVP: Urs-Peter Moos meint, es solle heute schon Transparenz geschaffen werden, nicht erst, wenn der Bericht vorliegt.

FDP: Markus Ziegler: Es ist allen bekannt, dass es in den letzten Jahren in der Gemeinde einige Probleme gab. Heute Abend gibt es dazu auch den Bericht einer SubKo der GRPK. Offenbar liegen nun wieder gröbere Mängel vor und Markus Ziegler findet es politisch nicht vertretbar, dieses Geschäft zu verschieben. Dieses „Spielen-auf-Zeit“ kann er nicht nachvollziehen. Was den Bericht der ROD betrifft, sagt er, dass dieser selbstverständlich allen Ratsmitgliedern zur Verfügung stehen wird. Wenn er aus der GRPK zurückkommt, wird er Teil der Vorlage sein und somit auch besprochen werden. Markus Ziegler erinnert daran, dass Diskussionen im Rat über Details von Berichten nicht fruchtbar sind. Es ist sinnvoller, dass sich eine Kommission damit auseinandersetzt und im Rat über die Quintessenz debattiert wird.

Abstimmung:

Antrag der SP auf Streichung des Traktandums 10

://: Der Antrag der SP wird abgelehnt.

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 23. Mai 2011 wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 2**Gesch. Nr. 159**

Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:

Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 2011/12

**://: Als Präsident für das Amtsjahr wird, bei einem Mehr von 19 Stimmen, mit 35 Stimmen gewählt:
Christian Schaub, SVP**

Traktandum 3**Gesch. Nr. 160**

Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:

Wahl des Vizepräsidiums für das Amtsjahr 2011/12

**://: Als Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2011/2012 wird, bei einem Mehr von 16 Stimmen, mit
30 Stimmen gewählt:
Barbara Jost, SP**

Gemeindepräsident Charles Simon bittet um das Wort: Er führt den Reigen der Gratulationen weiter, indem er Alex Achermann im Namen des Gemeinderats zu seiner glanzvollen Wahl zum 1. Landschreiber beglückwünscht.

Traktandum 4**Gesch. Nr. 171**

Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:

Wahl eines Mitglieds in den Primarschulrat für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29. August 2011 traktandiert.

SP: Vreni Dubi hält fest, dass sie von der dem ER-Büro vorgeschlagenen Person bereits eine Bewerbung erhalten hat, und weist mit Nachdruck darauf hin, dass sie erwartet, dass diese Person an der August-Sitzung vorgeschlagen wird.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 151

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011 / Antrag der GRPK vom 25.5.2011:
Jahresbericht 2010

Eintreten:

Stefan Kaiser: Die *FDP-Fraktion* hat den Bericht mit dem positivem Abschluss erfreut zur Kenntnis genommen. Eine unerwartete Steuereinnahme vermochten das Loch, das durch den Finanzausgleich entstanden war, mehr als aufzufüllen. Der diesjährige Selbstfinanzierungsgrad von 167% und derjenige der letzten acht Jahre von 110% sollen aber nicht über die schlechten Prognosen hinwegtäuschen. Aus Sicht der FDP ist es richtig, dass der Gemeinderat nicht mit solch unerwarteten Erträgen rechnet und sie auch nicht budgetiert. In diesem Zusammenhang erachtet man es auch als wichtig und weitsichtig, dass die KAP-Massnahmen weitergeführt werden. Dabei geht es nicht nur ums Sparen, sondern auch um die Ausmerzungen von strukturellen Defiziten. Die KAP-Massnahmen könnten periodisch diskutiert werden, nicht nur bei Rechnungsabschlüssen. Zuerst sollen alle Möglichkeiten zur Optimierung ausgeschöpft werden, bevor wieder über Steuererhöhungen diskutiert wird.

Obwohl die Behebung der Deckungslücke der kantonalen Pensionskasse unbestritten ein Problem ist, hätte sich die FDP gewünscht, dass die Rückstellung dafür nicht so offensiv in den Medien publik gemacht wird. Das könnte vom Kanton als falsches Signal verstanden werden.

Durch die Revision der Finanzordnung und die Anpassung von Artikel 41 wird mit der HRM2 ein griffiges finanzpolitisches Instrument geschaffen. Die FDP unterstützt den Antrag der GRPK und stimmt der Rechnung zu.

SVP: Christoph Anliker: Wie schon in den letzten Jahren schliesst die Rechnung der Gemeinde Binningen aufgrund von zusätzlichen Steuereinnahmen entgegen den Erwartungen positiv ab. Die SVP begrüsst die vorsichtige Budgetierung von Steuereinnahmen. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass das positive Resultat dem Gemeinderat bereits im Februar bekannt war, dieser aber den Einwohnerrat nicht darüber informiert hat. Die Meinung der SVP zu den KAP-Massnahmen wäre die gleiche geblieben, doch im Sinne der Transparenz zwischen dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat hätte zumindest die GRPK über den besseren Abschluss informiert werden müssen.

Die Fraktion begrüsst, dass die Liegenschaft Hasenrain 89 endlich abgeschrieben wurde und dass für die Vorfinanzierung der Schulraumplanung Einlagen getätigt werden, da HARMOS die Gemeinde viel Geld kosten wird.

Bei der Erstellung des Budgets 2011 hat die SVP wiederholt auf die Deckungslücke der Pensionskasse hingewiesen. Der Gemeinderat sah keinen Handlungsbedarf. Die Finanz- und Kirchendirektion hingegen empfiehlt, bis zu einem Drittel der Deckungslücke als Rückstellung zu öffnen, was konkret CHF 6 Millionen sind. Die Rückstellung von CHF 1 Million reicht also bei Weitem nicht, dieses Drittel abzudecken.

Die Partei stimmt dem Antrag der GRPK zu.

Anand Jagtap: Grüne/EVP: Die Rechnung liegt CHF 6,1 Millionen über dem Budget, die CHF 4,2 Millionen für den Finanzausgleich sind damit mehr als kompensiert und Binningen steht besser da als viele andere Finanzausgleich-Gebergemeinden. Trotzdem ist nicht alles super, sondern noch viele Punkte offen: Die Einführung von HRM2 auf 2014, der Finanzausgleich, die Ausfinanzierung der Pensionskasse etc..

Aufgrund der vielen offenen Variablen im Finanzausblick fehlt nach Ansicht der Fraktion eine verlässliche Basis mit der geplant werden kann. Wie verhält sich nun der Gemeinderat, welche Strategie wählt er? Gemäss Vorlage will er trotz der Unsicherheiten an KAP festhalten und wählt dabei

eine passive Strategie, indem er abwartet, was passiert. Die Grüne/EVP ist der Meinung, dass die Binninger Finanzlage besser ist als behauptet, und es deshalb die KAP nicht mehr braucht. Vielmehr wäre es die Aufgabe des Gemeinderats, die Unsicherheiten im Finanzausblick mit einer vorausschauenden Finanzpolitik zu reduzieren und die Klumpenrisiken zu minimieren. Es gibt zum Beispiel Handlungsbedarf bei der Pensionskasse. Laut Auskunft der kantonalen Finanzverwaltung ist Binningen nicht verpflichtet, die Mitarbeitenden bei der kantonalen Pensionskasse zu versichern. Mit der Vorfinanzierung von Verpflichtungen gegenüber der Pensionskasse wird eine Präjudiz geschaffen und die Situation akzeptiert. Die Mitarbeitenden müssen bei einer guten Pensionskasse mit Beitragsprimat versichert werden, da sich sonst der Fehlbetrag auf Kosten der Binninger Steuerzahler weiter erhöhen wird.

Die Fraktion lehnt den Antrag zu 5c deshalb ab, die anderen Anträge werden unterstützt.

Silvia Bräutigam: Die CVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den ausführlichen Bericht. Sie ist erfreut über den überdurchschnittlich guten Abschluss, wünscht aber, in Zukunft früher über positive oder negative Tendenzen informiert zu werden. Das könnte ihre Entscheidung über allfällige, weiterführende KAP-Massnahmen beeinflussen.

Die CVP unterstützt alle Anträge der GRPK.

SP: Severin Brenneisen teilt mit, dass auch die SP über die Rechnung erfreut ist. Doch wenn sie schon im Februar von den positiven Tendenzen gewusst hätte, hätte die SP-Fraktion bei einigen KAP-Massnahmen anders abgestimmt. Diese Vorspiegelung falscher Tatsachen ist nicht akzeptabel. Die Rückstellung für die Pensionskasse erachtet die SP als richtig. Prüfungskommissionen und der Kanton haben mehrmals auf die Dringlichkeit dieser Massnahme hingewiesen.

Den Anträgen der GRPK wird Folge geleistet.

Gemeinderat Mike Keller bedankt sich für die positive Aufnahme der Jahresrechnung und möchte noch rasch auf zwei, drei Voten eingehen:

Rückstellung Pensionskasse: Es gibt Hinweise darauf, dass die Bereinigung auf die Gemeinde zukommen wird. Bis anhin gibt es allerdings noch keinen Auftrag, Massnahmen zu ergreifen. Für den Gemeinderat bedeutet diese Rückstellung kein falsches Signal, sondern einen ersten Schritt in die richtige Richtung, denn durch die Revision könnten mehrere Millionen fällig werden. Bei einem unerwartet guten Rechnungsabschluss findet es der Gemeinderat vernünftig und nachhaltig, diesen Schritt zu tun.

HRM2: Leider ist der Kanton mit der Zustellung der nötigen Unterlagen rund ein Jahr in Verzug. Bevor aber diese Unterlagen vorliegen, kann man die Massnahmen für Binningen nicht entwickeln. Der Gemeinderat ist trotzdem nicht untätig, sondern entwickelt Ideen und Modelle, die intern begutachtet werden. Eine grosse Frage ist nach wie vor, was künftig in die Bewertung des Vermögens aufgenommen werden muss. Nach dem ersten Entwurf ist es beispielsweise so, dass sämtliche Kanalisationsleitungen als Vermögen gelten sollen. Ob die Kantonalbank diese Leitungen bei einem allfälligen Kreditbegehren als Sicherheit akzeptieren würde....? Es gibt noch einige Punkte, die hinterfragt werden müssen, bevor die Gemeinden HRM2 umsetzen müssen und das Warten auf vernünftige Lösungen lohnt sich bestimmt.

Finanzausgleich: Vor rund einem Jahr ist die massiv hohe Rechnung eingetroffen. Dieser grosse Negativbetrag konnte glücklicherweise durch unerwartete Umstände in ein positives Resultat umgewandelt werden. Die Gebergemeinden haben bekanntlicherweise eine Initiative eingereicht, die verlangt, dass der Betrag limitiert wird. Auch wenn jetzt der Landrat bereits reagiert hat, wollen die Initianten ihre Bemühungen fortsetzen und ihre Interessen als Gebergemeinden und die Interessen der Steuerzahler wahren. Mittlerweile sind die Zahlen für 2011 bekannt: Die neue Rechnung fällt rund CHF 1,3 Millionen tiefer aus als die letztjährige. Es lässt sich nicht sagen, ob sich diese Tendenz so weiterentwickelt

Zufall oder Glück: Einmal mehr konnte dank guter Steuerzahler eine positive Rechnung ausgewiesen werden. Es gibt offene Steuerrechnungen, die mehrere Jahre zurückliegen und deren Veranlagungen immer noch in Diskussion sind. Erst wenn ein Fall geklärt ist, gibt es entsprechende Informationen des Kantons und es war bestimmt keine Absicht, dem Rat Informationen vorzuenthalten. Mike Keller weist darauf hin, dass eine Abrechnung durchaus negativ ausfallen und daraus ein

grösserer Verlust resultieren kann. Bis jetzt hatte Binningen Glück und der Gemeinderat hofft, dass sich das Ergebnis wiederholt.

Gemeindepräsident Charles Simon will eine Unsicherheit zum Thema Pensionskasse klären: Es ist zwar die PK des Kantons, doch es betrifft die Gemeindeangestellten, die bei dieser Kasse versichert sind. Binningen hat keine eigene. Es ist nicht opportun, eine PK zu verlassen, die in einer Unterdeckung ist.

FDP: Markus Ziegler ist auch dagegen, eine Prädiz zu schaffen, indem vorfinanziert wird. Er findet es gefährlich, dem Kanton in dieser Situation ein solches Zeichen zu geben und für ihn gibt es noch viele Variable bezüglich Pensionskasse. Die Grüne/EVP wünscht ja, dass die Gemeinde sich überlegt, ihre Angestellten bei einer externen Pensionskasse zu versichern. Dem stimmt Markus Ziegler zu, doch er weist darauf hin, dass die jetzige PK eine Deckungslücke aufweist, die auch bei einem Wechsel mitgetragen werden muss. Aus diesem Grund macht auch die Rückstellung Sinn. Seiner Meinung nach muss für diese Rückstellung klar deklariert werden, dass es für den Teil, der von Binningen saniert werden muss, eine Opfersymmetrie gibt und nicht alles von den Steuerzahlenden berappt wird. Unter diesen Voraussetzungen kann er dem Antrag zustimmen.

SVP: Urs-Peter Moos: Für ihn liegt das Problem auch bei der Kantonalen Pensionskasse, bei der immer noch das Leistungs- anstelle des Beitragsprimats gilt. Der Kanton verzögert die Umstellung auf das Beitragsprimat und solange nicht umgestellt wird, sinkt auch der Deckungsgrad. Auf kantonal-er Ebene ist man daher gefordert, vorwärts zu machen.

Grüne/EVP: Peter Buess weiss, dass das Beitragsprimat frühestens am 1.1.2013 eingeführt wird. Im Gegensatz zu anderen Kassen hat die Kantonale seit dem letzten schlechten Deckungsgrad keine Verbesserung erreicht. Einmal mehr weist er darauf hin, dass die Stadt Genf einen Deckungsgrad von 30% aufweist und längst nicht alle Leute meinen, dass Handlungsbedarf besteht.

SVP: Christoph Anliker fragt die Grüne/EVP, was ihrer Meinung nach mit der Million passieren soll, wenn sie nicht für die Pensionskasse zurückgestellt wird.

Der *Präsident Alex Achermann* fragt, ob zu den einzelnen Ziffern Anträge gestellt werden.

Die Grüne/EVP stellen den *Antrag auf Ablehnung des Antrags unter Ziffer 5c: Zuweisung Rückstellung Pensionskasse von CHF 1 Mio.*

Gemeinderat Mike Keller erläutert, dass eine Rückstellung jederzeit wieder aufgelöst werden kann. Aus seiner Sicht ist es ungeschickt, auf diese Rückstellung zu verzichten und das Geld unter Druck irgendwo anders zu verbuchen. Er rät, dem Antrag Folge zu leisten und bei einer allfällig schlechten nächsten Rechnung wieder über diese Rückstellung zu reden.

Anand Jagtap: Die *Grüne/EVP* würde das Geld gerne in die Vorfinanzierung der Schulraumplanung stecken.

SVP: Christoph Anliker fragt nach, ob eine zweckgebundene Rückstellung nicht erst wieder aufgelöst werden kann, wenn der Zweck erloschen ist.

CVP: Lucas Metzger wundert sich einmal mehr, worüber hier diskutiert wird. Die GRPK hat den Abschluss von hinten bis vorne durchdiskutiert. Es konnten Anträge gestellt werden, wovon es auch verschiedene gab. Auch über die Pensionskasse wurde gesprochen, doch dazu gab es keinen Antrag. Hätte es einen gegeben, wäre es möglich gewesen, in Ruhe zu überlegen, was stattdessen mit dem Geld geschehen soll. Der Redner bittet darum, diesen Ratsbetrieb nicht mit unausgegorenen Anträgen ad absurdum zu führen.

SP: Severin Brenneisen schliesst sich dem Votum von Lucas Metzger an. Auch er ist in der GRPK, die seiner Meinung nach dafür da ist, dass die verschiedenen Themen und Meinungen durchdiskutiert werden können.

SVP: Urs-Peter Moos: Es macht sicher Sinn, dass mehrheitlich Anträge in den verschiedenen Kommissionen vorbehandelt und diskutiert werden. Doch es gibt auch noch Fraktionssitzungen und die SVP ist nicht damit einverstanden, aufgrund der Kommissionen im Einwohnerrat Maulkörbe zu verteilen.

Gemeinderat Mike Keller beantwortet die Frage von Ch. Anliker: Die Million wurde als Vorfinanzierung ausgewiesen. Eine Vorfinanzierung muss innerhalb von fünf Jahren bewirtschaftet werden, sonst verfällt sie. Eine Vorfinanzierung kann auch jederzeit anders verwendet werden.

Abstimmung:

Antrag Grüne/EVP: Ablehnung des Antrags unter Ziffer 5c: Zuweisung Rückstellung Pensionskasse von CHF 1 Mio.

://: Der Antrag der Grüne/EVP wird abgelehnt.

Somit kommen die unveränderten Anträge des Gemeinderats zur Schlussabstimmung:

Sie werden grossmehrheitlich angenommen.

://: 4.1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.

4.2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 34 145 544 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 496 046
Steuern	CHF	454 378
Gesundheit	CHF	3 846 891
Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 083 020
Bildung	CHF	13 963 207
Öffentliche Sicherheit	CHF	713 483
Soziale Dienste	CHF	5 581 153
Verkehr, Strassen	CHF	2 433 699
Versorgung	CHF	612 218
Raumplanung, Umwelt	CHF	961 449

4.3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 34 146 453 werden genehmigt.

4.4 Die Laufende Rechnung 2010 wird mit Aufwendungen von CHF 74 174 116, Erträgen von CHF 74 175 025 und einem Ertragsüberschuss von CHF 909 genehmigt.

4.5 Der Bruttoüberschuss 2010 von CHF 5 767 427 wird wie folgt verwendet (Zahlen gerundet):

Zusätzliche Abschreibungen	CHF	4 780 985
Einlage in Vorfinanzierungen	CHF	985 000
Zuweisung Rückstellung Pensionskasse	CHF	1 000 000
Zuweisung an das Eigenkapital	CHF	909
Entnahme aus Vorfinanzierungen	CHF	999 467

4.6 Die Bestandesrechnung mit Aktiven und Passiven von jeweils CHF 49 921 426 wird genehmigt.

4.7 Die Investitionsrechnung 2010 mit Ausgaben von CHF 3 466 976, Einnahmen von CHF 345 991 und Nettoinvestitionen von CHF 3 120 985 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 6**Gesch. Nr. 155**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:
Rückständebericht

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29. August 2011 traktandiert.

Traktandum 7**Gesch. Nr. 169**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011:
Abwasser- und Strassenbau Kronenweg

Eintreten:

Susanne Keller: Die *SVP-Fraktion* hat die Anträge des Gemeinderats für eine Investitionsausgabe für den Abwasserleitungsbau und die Strassenerneuerungsarbeiten am Kronenweg geprüft und findet es richtig, dass die verschiedenen Arbeiten koordiniert werden. Weiter wird begrüsst, dass auf die Schaffung einer Begegnungszone in dieser ohnehin engen, wenig befahrenen Strasse verzichtet wird. Susanne Keller zitiert Absatz 3.2 in dem davon gesprochen wird, dass die vorhandenen Parkplätze nicht wesentlich reduziert werden sollen. Die *SVP* wünscht gar keine Reduzierung der Parkplätze und stellt folgenden Antrag:

Die jetzt bestehende Parkfläche (gemessen in Metern) am Kronenweg muss nach Abschluss der Strassenbauarbeiten wieder verfügbar sein.

Für die *Fraktion* stellen sich noch folgende Fragen:

1. Es hat sich gezeigt, dass neben der Gemeinde auch die *EBM* Tiefbauvorhaben gleichzeitig realisieren will. Inwiefern beteiligen sich *EBM* und *IWB* an den entsprechenden Arbeiten?
2. Geplant ist, die bestehende Strassenbeleuchtung mit verbesserter Lichtqualität mittels Energiesparlampen einzurichten. Warum werden nicht gleich energiesparende *LED-Beleuchtungskörper* eingesetzt? Die *Schweizer Lichtgesellschaft* empfiehlt den Gemeinden, *LED* zu prüfen, wenn *Kandelaber* und *Leuchten* ersetzt werden.

Roger Moll: Die *FDP-Fraktion* findet die Vorlage transparent im Bezug auf Baubeschrieb, Bauabläufe, Kostentransparenz, einzelne Arbeitsgattungen, sowie Detailinformationen inkl. dem Übersichtsplan. Dass die Leitungen ersetzt werden müssen, hängt mit der Druckerhöhung des Netzes zusammen. Allfällige Leitungsbrüche infolge dieser Druckerhöhung können mit den geplanten Massnahmen verhindert werden. Es ist sinnvoll, gleichzeitig den Kanal zu erneuern und die im *GEP* vorgesehene Sauberwasserleitung gegenüber der Winterhalde und der Benkenstrasse vorzuziehen. Weiter macht es Sinn, im Zug der Strassenbelagserneuerung die *Randabschlüsse* und *Kandelaber* zu erneuern.

Die *FDP* ist auch der Meinung, dass die bestehenden Parkplätze erhalten bleiben sollen. Weiter stimmt man der Absicht des Gemeinderats, die bisher auf dem Dorfplatz stationierte Sammelstelle auf diese Allmend zu verschieben, zu.

Beide Anträge werden von der *Fraktion* unterstützt.

Barbara Jost: Auch die *SP-Fraktion* stimmt den beiden Anträgen zu. Sie erachtet es als sinnvoll, die Arbeiten zu kombinieren und der *GEP* vorzuziehen. Allerdings hat man zur Parkplatzsituation etwas zu sagen: Es ist bekannt, dass *Längs-Parkplätze* gefährlich sind. Der *Kronenweg* gehört zur kantonalen *Veloroute*. *Velofahrende*, die von der Hauptstrasse auf die *Veloroute* ausweichen, finden im schmalen *Kronenweg* die gleiche, gefährliche Situation an, wie auf der Hauptstrasse. Man kann jederzeit durch eine unachtsam geöffnete Autotüre zu Fall gebracht werden. Die *SP* ist enttäuscht, dass dieses Problem nicht kreativer angegangen wurde, keine anderen Lösungen vorgeschlagen werden, sondern alles so bleiben soll, wie es ist. Ihrer Meinung nach wäre eine *Begegnungszone*

eigentlich ideal, da viele Familien mit Kindern im Kronenweg wohnen und er sowieso in einer Sackgasse endet. Barbara Jost weist auch darauf hin, dass eine Einstellhalle vorhanden ist, die tagsüber meistens leer steht und in Ermangelung eines Vorschlags zur Behebung des Parkplatz-Problems erwähnt sie die Empfehlung des VCS, der auch keine weiteren Kosten generieren würde: Die Fahrbahn soll so verschmälert werden, dass die Autos die Velos nicht mehr überholen können. Der Kanton ist daran, Richtlinien für die kantonalen Velorouten auszuarbeiten, doch zur Zeit gibt es leider nur Empfehlungen.

Zum Schluss bittet die SP-Fraktion noch darum, während der Bauphase die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten.

Grüne/EVP: Peter Buess: Seine Fraktion ist davon begeistert, dass die GEP noch während ihrer Amtszeit als Einwohnerrat realisiert wird. Sie würde auf die Parkplätze verzichten, da Autotüren tatsächlich zur Todesfalle werden können. Da jedoch keine andere Lösung in Aussicht ist, unterstützt die Grüne/EVP die Anträge.

FDP: Peter Heiz: Er findet, dass die eigentliche Gefahr im Kronenweg die Velofahrer sind, weil sie sich im Verkehr nicht wie vorgeschrieben verhalten. Es muss nicht noch mehr Rücksicht auf sie genommen werden.

FDP: Markus Ziegler ist überzeugt davon, dass man in zehn Jahren zum Schluss kommt, dass Begegnungszonen gefährlicher sind als klare Eigentumsverhältnisse – hier die Autofahrer, da die Velofahrer, dort die Fussgänger usw..Der Bahnhofplatz ist das beste Beispiel dafür, wozu ein Mischmasch führt. Als Velofahrer wehrt er sich vehement gegen die Idee, die Velofahrer als fahrende Hindernisse zu missbrauchen, die die Autos bremsen sollen. Das sei dann tatsächlich eine Todesfalle.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger schlägt für den Kronenweg ein „Allgemeines Fahrverbot/Velofahren gestattet“ vor, da er bereits eine Sackgasse ist. Es ist ihr auch ein Anliegen, dass die Kinder sicher zur Musikschule kommen und dass während der Bauzeit für den Wochenmarkt ein Alternativstandort gesucht wird.

SP: Barbara Jost findet, dass gerade am Kronenweg Markus Zieglers Argument der fahrenden Hindernisse nicht relevant ist, da es eine Sackgasse ist und nur Anwohner oder Parkplatzsuchende durchfahren.

SVP: U.-P. Moos findet es unnötig, einen Scheinkampf für die Velofahrer zu führen, da es am Kronenweg tatsächlich sehr wenig Autoverkehr gibt.

Gemeindepräsident Charles Simon: Zum Stichwort Parkplätze hat der Gemeinderat einen Plan, der mit der Schulraumplanung zusammenhängt und darum noch nicht spruchreif ist. Falls, wie erhofft, die optimale Lösung erreicht wird, könnte es sogar mehr Parkplätze geben als bisher. Zur Zeit können einfach noch keine konkreten Zahlen genannt werden. Charles Simon bedauert, dass es keine Begegnungszone gibt, doch haben die Abklärungen klar ergeben, dass die jetzige Lösung die vernünftigste und sicherste ist. Selbstverständlich wird auf die Sicherheit der Kinder Rücksicht genommen und der Gemeindepräsident bedankt sich für die Anregung betreffend Wochenmarkt.

Gemeinderätin Anne Mati zur Kostenbeteiligung der Werke: Die beiden Werke bezahlen im Bereich der eigenen Leitungsgräben alles, inklusive Deckbelag. Bei gemeinsamen Leitungsgräben bezahlen sie anteilmässig.

Zur Sammelstelle auf dem Dorfplatz: Es besteht eigentlich keine Absicht, diese zu verlegen. Der jetzige Standpunkt wird als gut erachtet. Doch im Zusammenhang mit der Schulraumplanung könnte sich eine andere Lösung aufdrängen.

FDP: Daniel Zimmermann möchte wissen, ob es nun mehr oder weniger Parkplätze geben wird.

Gemeindepräsident Charles Simon wiederholt, dass „nicht wesentlich reduziert“ eine vorsichtige Formulierung ist, mit grosser Wahrscheinlichkeit die Zahl nicht reduziert, sondern eher erhöht wird, und man momentan einfach noch nichts versprechen kann.

SVP: Für *Urs-Peter Moos* gibt es in diesem Fall gar keinen Grund, den Antrag der SVP nicht zu unterstützen.

Markus Ziegler: Die *FDP-Fraktion* unterstützt den SVP-Antrag.

FDP: *Pascal Treuthardt* schliesst aus den Erläuterungen des Gemeindepräsidenten, dass der Antrag mit dem Zusatz „mindestens oder mehr“ ergänzt werden könnte.

Diese Anregung will *Urs-Peter Moos* gleich umsetzen und *Präsident Alex Achermann* liest den umformulierten Antrag für die Abstimmung vor:

Die jetzt bestehende Parkfläche (gemessen in Metern) am Kronenweg muss nach Abschluss der Strassenbauarbeiten mindestens wieder verfügbar sein.

Abstimmung:

Der Antrag der SVP wird mit 20 Ja, 17 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Schlussabstimmung:

Die Anträge werden grossmehrheitlich angenommen.

- ://: 1. Für den Abwasserleitungsbau am Kronenweg wird eine Investitionsausgabe von CHF 305 000 bewilligt (Konto 710.501.20/90100).**
- 2. Die Strassenerneuerungsarbeiten am Kronenweg im Umfang von insgesamt CHF 248 000 werden bewilligt (zu Lasten Globalbudget 2011, Konto 620.314.04, 620.314.05, 620.314.06/80200).**
- 3. Die jetzt bestehende Parkfläche (gemessen in Metern) am Kronenweg muss nach Abschluss der Strassenbauarbeiten mindestens wieder verfügbar sein.**

Traktandum 8

Gesch. Nr. 152

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011:

Diverse Bauabrechnungen

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29. August 2011 traktandiert.

Traktandum 9**Gesch. Nr. 170**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:
Bauabrechnung Sanierung Schloss Binningen

Eintreten:

FDP: Willy Müller: Diese Bauabrechnung liest sich wie ein Schauermärchen. Wie ist es möglich, dass nicht budgetierte CHF 242 000 für diverse Bauarbeiten ausgegeben werden? Hier wurden nicht nur auf Sachbearbeiterebene, sondern auch auf Führungsebene Fehler gemacht. Vergütungsaufträge müssen auf Stufe Abteilungsleiter (oder höher) autorisiert werden. Wer hat die Kompetenz zu entscheiden, dass geplante Arbeiten wie Dachterrasse, Eingangshalle etc. einfach nicht ausgeführt und die geplanten CHF 97 000 anderweitig ausgegeben werden?

Am 4. Mai 2010 wurde der Gemeinderat über diese Abrechnung informiert. Er hat also elf Monate gewartet, bis er gehandelt hat. Es war sicher richtig, eine externe Firma mit der Untersuchung dieser Vorfälle zu beauftragen. Falsch ist, dass der Bericht noch nicht vorliegt und die Fraktion hätte es begrüsst, wenn eine neutrale Firma diesen Auftrag erhalten hätte. Die ROD ist eine Treuhandgesellschaft des Schweizerischen Gemeindeverbandes, deren Auftraggeber die Gemeinden sind. Man erwartet von ihr nicht mehr als einen Mahnfinger. Vom Gemeinderat wird nun dafür erwartet, dass er Führungsverantwortung übernimmt. Er darf nicht weiter zuschauen, und die Glaubhaftigkeit der Bauabteilung muss wieder hergestellt werden.

Die Fraktion ist nach internen Diskussionen zum Schluss gekommen, dass diese Vorlage nicht in eine Spezialkommission, sondern in die GRPK überwiesen werden soll. Laut Gemeinderat wurde die GRPK bereits informiert und der Bericht wird ihr auch zugestellt.

Die FDP stellt den Antrag, dieses Geschäft in die GRPK zu überweisen.

SVP: Urs-Peter Moos: Nach genauer Prüfung und Zusammenstellung der Zahlen stellt man fest, dass vom ursprünglichen Kredit von CHF 390 000 CHF 112 000 ohne Information des Rats zweckentfremdet wurden. Zusätzlich wurden Unterkonten der Gemeinde (über-)strapaziert. Ein Betrag von CHF 63 000 wurde auf über CHF 200 000 aufgeblasen. Nach Meinung der SVP stehen für diese Fehler der Gemeindeverwalter Olivier Kungler und die Abteilungsleiterin der Bauabteilung, Pirkko Zimmermann, in der Verantwortung. Das habe nichts mit Vorverurteilung zu tun. Der Gemeinderat hatte Anzeichen dafür, dass nicht alles rund läuft. Eine Anfrage von ihm, Urs-Peter Moos, habe ja ergeben, dass über 1000, von Werkhofarbeitern geleistete Arbeitsstunden auf dieser Baustelle, über das Gebäudeunterhaltskonto abgebucht wurden. Urs-Peter Moos stellt fest, dass Gemeinderat Bruno Gehrig fast als einziger Gemeinderat auf der Baustelle zu sehen war und er auf Fragen an die Verwaltung einfach falsche Antworten bekomme habe. Anscheinend wurde nun, bevor die Untersuchung abgeschlossen ist, bereits ein Bauernopfer gefunden.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger: Ihr hat diese Abrechnung die Sprache verschlagen. Es gibt eine Kreditüberschreitung von einem Drittel, ohne dass alle Arbeiten ausgeführt wurden – und das Ganze hinter dem Rücken des Gemeinderates. Die Grüne/EVP verlangt eine genaue Analyse dieser Vorgänge. Sie lehnt den Zusatzkredit ab und befürwortet eine Überweisung des Geschäfts an die gleiche Spezialkommission, die schon die Schlossabrechnung bearbeitet. Da die beiden Geschäfte thematisch zusammenpassen, stimmt sie einer Überweisung an die GRPK nicht zu.

CVP: Lucas Metzger: Die interne Kontrolle in der Gemeinde hat offensichtlich versagt. Er fragt sich aber auch, ob die GRPK, in der er selber Mitglied ist, die richtigen Kontrollen durchführt. Vielleicht sollte sie sich nicht immer nur auf Papier Bericht erstatten lassen, sondern sich frühzeitig auf der Verwaltung die Abrechnungen zeigen lassen. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP auf Überweisung an die GRPK. Die Spezko ist ihrer Ansicht nach nicht die richtige Kommission, da es zwei verschiedene Angelegenheiten sind. Ausserdem könnte die GRPK dadurch lernen, wie in Zukunft solche Vorfälle verhindert werden können.

SP: Vreni Dubi: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP. Auch für sie sind das zwei verschiedene Geschäfte, da das Schloss ja seit Jahren regelmässig unterhalten wird.

Sie hat Mühe damit, dass Namen genannt werden von Personen, deren Köpfe rollen oder die anderswie sanktioniert werden sollen. Sie findet es verfrüht, wäre ja für eine Rückstellung des Geschäfts bis zum Erscheinen des ROD-Berichts gewesen. Vreni Dubi bittet darum, mit Informationen, die auf dem Latrinenweg in diesen Rat gelangen, zurückhaltend zu sein.

SVP: Christoph Anliker empfindet das Votum von Lucas Metzger als Auftrag an die GRPK, den er gerne der Präsidentin zur Umsetzung empfiehlt. Er ist daran interessiert, das Interne Kontrollsystem anzuschauen.

Gemeinderat Bruno Gehrig versteht den Ärger über dieses unerfreuliche Geschäft und nimmt die Kritik an. Es sind tatsächlich viele Fehler gemacht und Fehlentscheide getroffen worden. Er hält fest, dass es der Wunsch der GRPK und der Spezo war, dieses Geschäft so schnell wie möglich auf die Traktandenliste zu setzen. Der Gemeinderat hätte lieber bis zum Vorliegen des Berichts gewartet. So muss er nun Stellung nehmen, ohne dabei der Untersuchung vorzugreifen oder sich der Gefahr von Vorverurteilungen auszusetzen.

Kosten: Der ER hatte einen Kredit von CHF 390 000 gesprochen, dazu kam ein Unterhaltskonto von CHF 63 000. Der Investitionskredit wurde um CHF 128 000 überschritten. Das allgemeine Gebäudeunterhaltskonto wurde mit CHF 148 000 beansprucht. Insgesamt wurden CHF 667 000 verbaut, die Überschreitung beträgt CHF 277 000. Das Geld für die drei Arbeiten, die nicht ausgeführt wurden, wurde im Rahmen dieser Sanierung für Anderes gebraucht. Irgendwann wird wieder ein Kredit für die unerledigten Arbeiten gesprochen werden müssen.

Termine: Im April 2007 hat die Bautätigkeit begonnen, Ende 2008 erhielt man die letzte Rechnung. Der Gemeinderat hat die erste Abrechnung, die im Mai 2010 auf dem Tisch lag, wegen der Kostenüberschreitung an die Abteilung zurückgewiesen. Die zweite Abrechnung folgte infolge Budgeterstellung und Ferienzeit erst im September. Auch diese war nicht zufriedenstellend, sodass der Gemeinderat den Verwalter beauftragte, ihm einen umfassenden Bericht zu unterbreiten. In dieser Zeit standen die Jahresrechnung und die Abstimmungen vor der Tür, ausserdem gab es in der Abteilung Finanzen krankheitsbedingte Absenzen. Der Verwalter konnte nicht alles gleichzeitig erledigen, es mussten Prioritäten gesetzt werden und dem Verwalter wurden folglich die nötigen Fristen eingeräumt. Als der Bericht im April 2011 fertig war, hat der Gemeinderat zum ersten Mal bemerkt, dass das Allgemeine Unterhaltskonto auch beansprucht worden war. Dieser Umstand hat den Gemeinderat dazu veranlasst, einen Untersuchungsbericht zu verlangen. Es muss sichergestellt werden, dass die verwendeten Mittel tatsächlich für die Schlosssanierung eingesetzt wurden. Es steht ausser Frage, dass rechtliche und reglementarische Vorschriften und Bestimmungen verletzt wurden. Und leider wurde der Gemeinderat bis zum Vorliegen des ersten Berichts nicht über die Finanzsituation informiert. Man kann sich natürlich zu Recht fragen, ob der Gemeinderat geschlafen hat. Bruno Gehrig erläutert einen Grundsatz der Verwaltungstätigkeit: Binningen funktioniert nach dem System von New Public Management, die schweizerische Version heisst Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV). Einer der Eckpunkte des Systems besteht darin, der Verwaltung so weit wie möglich selbständig den operativen Teil der Verwaltung zu übertragen. Das System hat folgendes Problemfeld: Man überträgt einerseits der Verwaltung umfassende Kompetenzen und Selbständigkeit, andererseits trägt die politische Verantwortung immer und für alles der Gemeinderat. Diese Diskrepanz erfordert von der Verwaltung eine umfassende Informationspflicht gegenüber dem Gemeinderat. Gerade im Milizsystem ist man darauf angewiesen, dass die Verwaltung vollständig und rechtzeitig informiert.

Der Einwohnerrat, resp. die GRPK hat die Revision der Gemeinderechnung der Firma *PriceWaterhouseCooper* übergeben. Bruno Gehrig ist der Ansicht, dass zu dieser jährlichen Kontrolle auch die Kontrolle der Verpflichtungs-, also der laufenden Investitionskredite, gehört. Im Bericht von 2009 ist nichts bezüglich Schlossabrechnung zu lesen. Es gibt nur eine Bemerkung zur Schlossparkabrechnung. Im Bericht 2010 ist dann plötzlich etwas zur Schlossabrechnung zu lesen, was wohl damit zusammenhängt, dass Bruno Gehrig eine Rückfrage gemacht hat. Er rät der GRPK, von PWC diesbezüglich noch Auskunft zu verlangen.

Massnahmen: Der Gemeinderat nimmt die Situation sehr ernst. Er hat die Angelegenheit analysiert und folgende Schlüsse daraus gezogen: Die Geschäftsordnung des Gemeinderats wird total überarbeitet. Das Führungshandbuch aus dem Jahr 2000 wird überarbeitet und angepasst. Die Verwaltungsorganisation (u.a. die Belastung der Mitarbeitenden) wird überprüft. Es wurde ein Vademecum

für Wahlen und Abstimmungen erstellt. Das interne und externe Informationswesen wird neu geordnet. Verwaltungintern wird das Interne Kontrollsystem (IKS) sowie das Krisenmanagement eingeführt.

Zu personellen Konsequenzen kann momentan nichts gesagt werden. Es ist ganz klar, dass die Fehler verwaltungsseitig gemacht wurden. Doch zuerst muss der Bericht abgewartet werden. Auch bei Fehlern wie diesen heisst es, fair zu sein und Entlastungsfaktoren zu nennen. Hier sind einige: Der Pächterwechsel. Der Betrieb musste unbedingt zu einem gewissen Zeitpunkt wieder freigegeben werden, sonst wären beträchtliche finanzielle Einbussen die Konsequenz gewesen. Ausserdem mussten auch Wünsche des neuen Pächters noch berücksichtigt werden. In der Abteilung Finanzen/Steuern gab es einen Personalwechsel. Schliesslich gab es eine Überlastung der Verwaltung, die neben allen anderen Aufgaben die Projekte Schlosspark und Schlossrenovation gleichzeitig zu bewältigen hatte.

Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass das Geschäft an die GRPK überwiesen wird, möchte aber folgende Einschränkung machen: Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes soll der Bericht der Revisionsfirma nur an die GRPK gegeben und nicht öffentlich gemacht werden.

FDP: Markus Ziegler: Wenn der Einwohnerrat als Legislative jemanden in die Verantwortung nimmt, dann ist dies die Exekutive, sprich der Gemeinderat. Er findet es verfrüht, heute schon angebliche Verantwortliche der Verwaltung namentlich zu nennen. Der Gemeinderat spricht sich zwar gegen Vorverurteilungen aus, schiebt aber gleichzeitig der Verwaltung die ganze Schuld in die Schuhe. Auch das ist eine Vorverurteilung, die nicht akzeptiert werden kann. Zuerst soll der Bericht abgewartet werden. In erster Linie ist die Verantwortung gegenüber dem Einwohnerrat eine politische. Wenn man die Gewaltentrennung betrachtet, dann hat nach Markus Ziegler Ansicht der Gemeinderat und nicht die Verwaltung die Kompetenzen überschritten, weil es eine Angelegenheit zwischen der Verwaltung und dem Gemeinderat ist.

Markus Ziegler findet es gut, dass die Vorgänge extern untersucht werden, ist aber nicht sicher, ob der Einwohnerrat mit der gewählten Firma zusammenarbeiten will. In seinem Bericht schreibt der Gemeinderat, die Firma ROD habe keinerlei Berührungspunkte mit der Gemeinde Binningen. Das ist nicht wahr, denn die ROD hat jahrelang die Rechnungskontrolle für Binningen gemacht. Die Überschreitungen, die das Verhältnis zwischen der Legislative und der Exekutive betreffen, sollen trotz externem Auftrag von der GRPK unabhängig kontrolliert werden können.

SVP: U.-P. Moos: In den letzten Jahren konnte immer wieder festgestellt werden, dass Dinge nicht so laufen, wie sie sollten. Es geht nicht an, dass Bruno Gehrig dem Gemeinderat einen Persilschein ausstellt, denn die Verantwortung liegt ganz klar auch beim Gemeinderat. Es gibt nicht nur eine Bringschuld. Bei einem Projekt dieser Grössenordnung muss die Schlussabrechnung zeitnah erstellt werden, d.h. spätestens ein halbes Jahr nach Abschluss der Arbeiten. Dem Gemeinderat fehlt offensichtlich der Überblick, denn er hätte spätestens Ende 2009 von der Verwaltung die Schlussabrechnung verlangen müssen.

Die SVP wollte das Geschäft eigentlich an die Spezko Schlosspark überweisen, kann sich aber durchaus mit der Überweisung an die GRPK einverstanden erklären. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass in der GRPK nicht wieder Geheimniskrämerei betrieben wird.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger: Gewisse Vorbehalte gegen die Controlling-Firma ROD waren der Grund, wieso ihre Fraktion das Geschäft an eine Spezko überweisen wollte. Sollte sich die GRPK tatsächlich nicht nur auf den ROD-Bericht stützen, sondern zusätzlich eine eigene Kontrolle durchführen, würde sie eventuell den Antrag auf Überweisung an eine Spezko zurückziehen und einer Überweisung an die GRPK zustimmen.

Abstimmung:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

://: Die Bauabrechnung der Sanierungsarbeiten im Schloss Binningen wird an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission überwiesen.

Traktandum 10**Gesch. Nr. 88**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:
Neugestaltung Schlosstreppe

Eintreten:

SVP: U.-P. Moos: Seine Fraktion hat die Zahlen zur ausgewählten Variante genau studiert und wundert sich über die Kostengenauigkeit von +/- 20%, die präventiv einberechnet werden, was bei einem Kostenvoranschlag von CHF 276 000 immerhin CHF 46 000 ausmacht. Es ist nicht klar, ob dann am Schluss zu den CHF 276 000 nochmals +/- 20% kommen. Auch die Kosten für die Neugestaltung der Umgebung sind nicht transparent. Dazu kommen Kosten für den Rückbau der bestehenden Treppe, die durch eine Mauer gegen die Schlossgasse ersetzt werden soll. Ausgerechnet diejenige Treppe, die für ein ansprechendes Bild des Binninger Schlosses sorgt, soll durch eine Mauer ersetzt werden. Summa summarum gibt es zu viele Unklarheiten und die SVP ist davon überzeugt, dass eine Überweisung des Geschäfts an die BPK eine gute Ausgangslage bietet, dass ein überzeugendes, stimmiges Projekt realisiert werden kann.

Daniel Zimmermann: Die FDP-Fraktion hat diese Vorlage mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Ohne inhaltlich darauf einzutreten, wünscht sie eine überarbeitete Vorlage, die qualitativ nachvollziehbar und aussagekräftig ist. Ausserdem soll der Entscheidungsprozess der gewählten Variante aufgezeigt werden. Im Speziellen werden folgende Präzisierungen verlangt.

1. Eine kostenmässig vertretbare Variante.
 2. Ein professioneller Kostenvoranschlag mit einer Genauigkeit von +/- 10%.
 3. Eine nachvollziehbare Kostenzusammenstellung nach dreistelligen BKP-Positionen, wie sie in der Baubranche üblich sind.
 4. Beilagen, d.h. mindestens ein Projektplan, der einem Aufschluss darüber gibt, was genau gebaut wird.
 5. Falls die seitliche Treppe tatsächlich rückgebaut werden soll, muss dieser Entscheid im Detail begründet werden.
 6. Die Funktionalität des Invalidenzugangs muss garantiert sein.
- Die FDP will keine Verzögerung. Die Umbauarbeiten sind wie vorgeschlagen im November 2011 auszuführen. Aus den erwähnten Überlegungen weist die Fraktion das Geschäft Nr. 88 an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurück und stimmt dem Investitionskredit nicht zu.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger: Laut Gemeinderat sei der vorliegende Vorschlag mit Vertretern des Initiativkomitees abgesprochen worden. Gemäss einem Leserbrief des Mäzens, der ursprünglich einen Teil der Kosten übernehmen wollte, sei dieser Vorschlag nicht diskutiert worden. Die Grüne/EVP interessieren auch die anderen vier Varianten, die eventuell günstiger in der Ausführung und ästhetisch gleich be- oder unbefriedigend sind im Vergleich zur gewählten. Die Qualität der Vorlage erfüllt die Erwartungen nicht. Die Pläne sind rudimentär, es fehlen die Seitenansichten, sowie ein Vorschlag, wie die Umgebung gestaltet werden könnte. Die Kosten sind eindeutig zu hoch. In Anbetracht dessen, dass diese Treppe eine heikle Angelegenheit ist, müssten alle Details aufgelistet sein und ein Konsens über die wichtigsten Punkte gefunden werden. Ursprünglich wollte die Fraktion das Geschäft in die BPK überweisen, doch nun sind sie sich nicht einig, ob sie nicht doch

eine Rückweisung an den Gemeinderat unterstützen sollen. Falls es an die BPK überwiesen wird, ist es für sie wichtig, dass in den Beratungen eine Gegenüberstellung der fünf Vorschläge stattfindet und man sich auf einen Vorschlag einigt. Man will auf keinen Fall, dass angefangen wird, selber zu planen. Die Variante sollte im Einwohnerrat und in der Bevölkerung Rückhalt geniessen, um zu verhindern, dass unter Umständen noch einmal rückgebaut werden muss.

Barbara Jost: Die SP kann sich den vorausgegangenen Voten anschliessen. Sie geht davon aus, dass im Vorfeld mit sehr unrealistischen Zahlen operiert wurde. Es war die Rede von CHF 100 000 für die Treppe, nun kostet sie CHF 110 000, doch die Folgekosten sind hoch. Die Fraktion fand es schwierig, das Geschäft zu beurteilen. Es geht um Ästhetik, doch da die Seitenansichten fehlen, helfen die Pläne nicht wirklich. Die Angaben über die Umgebungsarbeiten sind zu ungenau. Dass ein Mäzen sich an den Kosten beteiligen will ist einerseits schön, andererseits gibt es Bedenken, wenn die Spende an Bedingungen geknüpft ist. Im Gegensatz zu Basel hat Binningen keine Erfahrung, was das Mäzenentum angeht und weiss nicht, wie viel Mitbestimmung wann gewährt wird. Die Fraktion hat grundsätzlich Schwierigkeiten mit der Vorstellung, dass wer zahlt auch bestimmen soll. Sie ist für eine Rückweisung an den Gemeinderat.

CVP: Lucas Metzger: Die Fraktion ist tendenziell für eine Überweisung an die BPK. Über die Neugestaltung der Schlosstreppe wurde abgestimmt und man möchte von der BPK gerne wissen, wie nah der vorgelegte Vorschlag dem Projekt kommt, über welches abgestimmt wurde. Eigentlich hätte man einfach genau das, was das Initiativkomitee vorgeschlagen hat, berechnen lassen können. Lucas Metzger schlägt dies denn auch bei einer Überweisung oder einer Rückweisung vor. Das Initiativkomitee sollte vollzählig antreten und genau erläutern, was sie wollen und dann ihre Variante im Rat vertreten.

Gemeinderat Mike Keller: Für die Entwicklung des Projekts wurde eine Kommission einberufen, in der auch zwei Vertreter des Initiativkomitees waren. Es wurde engagiert nach Möglichkeiten und Lösungen gesucht und am Schluss hatte man drei Vorschläge, die die Vorgaben der Initiative erfüllen. Der Gemeinderat war sich bewusst, dass das von ihm ausgewählte Projekt eine Ergänzung hat, nämlich den Rückbau der seitlichen Treppe. Da die Vorgaben des Denkmal- und Heimatschutzes wichtig sind, wurde vor der Verfassung des Berichts diese Variante mit den entsprechenden Kantonskommissionen besprochen. Bei der Kostenaufstellung wurde versucht, den Bezug zur Initiative herzustellen. Die Initiative sagt, dass die Treppe CHF 100 000 kostet, ohne Neben- und Umgebungskosten. Nach Rechnung des Gemeinderats kostet die Treppe CHF 110 000, dazu kommen CHF 20 000 für den Rückbau der bestehenden Treppe und die neu zu erstellende Mauer. Es ist klar, dass dieser Posten nicht Gegenstand der Initiative war. Die Umgebungsarbeiten, also die Anpassung der Zugangswege, die neue Böschung zur Treppe etc. werden mit CHF 65 000 ausgewiesen. Diese Kosten waren im Vorschlag des Initiativkomitees nicht enthalten. Des Weiteren wurden auch die Kosten für Honorare, Vorbereitung, Abklärungen aufgerechnet. Auf den Gesamtbetrag kommt die Mehrwertsteuer. Nachdem es in diesem Rat bei etlichen Schlussabrechnungen hitzige Diskussionen gab, hat sich der Gemeinderat dazu entschlossen, die Kostengenauigkeit bei +/- 20% festzulegen. Zum Zeitpunkt, in dem ein Kredit diskutiert wird, wird die Kostengenauigkeit zur Kenntnis genommen. Liegt man dann aber bei der Abrechnung um 2% zu hoch, werden hitzige Debatten geführt, obwohl im Kostenvoranschlag +/- 10% beinhaltet waren. Er ist sich bewusst, dass diese Kostenposition vom Rat abgelehnt werden kann, das ändert aber nichts an den Realisierungskosten dieses Projekts.

Kostengenauigkeit: Es wurde ein am Projekt beteiligtes Architekturbüro beauftragt, die Kosten zusammenzutragen. Anschliessend wurde das Ergebnis von einem Ingenieurbüro geprüft. Die beiden Resultate unterscheiden sich um nur CHF 5000.

Zum Mäzen: Dieser war Teil des Initiativkomitees und hat an der Startsituation der Gemeinde mitgeteilt, er werde die in Aussicht gestellte Summe nur bezahlen, wenn er sich an der Planung beteiligen und bei der Auswahl der Unternehmer mitreden kann. Die Gemeinde kann das so nicht mitmachen und zum heutigen Zeitpunkt ist unklar, ob von dieser Seite ein Zustupf kommt.

SVP: Beatrice Bürgin meint, dass die BPK der richtige Ort für Transparenz ist und der Gemeinderat ein Dreivierteljahr Zeit hatte, diese Transparenz einzuholen.

SVP: Urs-Peter Moos: Dass im Initiativtext die Umgebungsarbeiten ausgeschlossen waren ändert nichts an der Tatsache, dass im vorliegenden Geschäft die Nebenkosten überhaupt nicht transparent sind. Man weiss überhaupt nicht, wofür das veranschlagte Geld gebraucht werden soll. Die SVP vermutet gar, dass der Gemeinderat unter dem Deckmantel der Umgebungsarbeiten für die Schlosstreppe, noch offene Arbeiten im Zusammenhang mit dem Schlosspark erledigen will. Sie ist ganz klar für eine Überweisung an die BPK und wie die Grüne/EVP der Meinung, dass die fünf Varianten angeschaut werden sollen. Ausserdem wurden der Fraktion gewisse Fragen vom Gemeinderat nicht beantwortet. Der Behindertenlift, der rund CHF 250 000 gekostet hat, funktioniert mittlerweile seit drei Jahren nicht, und Personen mit einer Gehbehinderung haben bis heute keinen Zugang zum Schloss. Nun will man ausgerechnet die Seitentreppe, an der sich relativ einfach ein Behindertenlift installieren liesse, abreißen. Es gibt also diverse Überlegungen, die man in der BPK einbringen und entsprechend gewichten kann, so dass die Kommission am Schluss eine Variante, die wirklich dem Volkswillen entspricht, vorschlagen kann.

Urs-Peter Moos ist nicht damit einverstanden, wie Herr Eckenstein hier dargestellt wird. Seiner Meinung nach ist dieser sehr wohl bereit, einen finanziellen Beitrag zu leisten, wenn mit ihm vernünftig umgegangen wird. Vielleicht wäre ein Umdenken des Gemeinderats angebracht, damit das funktioniert. Kürzlich wurden für tausende von Franken Sparmassnahmen beschlossen und hier will man das Geld nicht annehmen.

FDP: Roger Moll möchte als „geistiger Vater“ der Initiative ein paar Bemerkungen zum bisher diskutierten machen: Es war klar, dass die Umsetzung der Initiative nicht einfach wird. Es stimmt, dass zwei Vertreter des Initiativkomitees in der Kommission waren – nämlich Herbert Schmidt und er, Roger Moll, selber. Wenn er rückblickend diese Kommissionssitzungen analysiert, kommt er leider zum Schluss, dass das Ganze ein Nullsummenspiel war. Den beiden Vertretern der Initiative wurde nämlich der Vorwurf gemacht, sie seien keine Fachleute. Aus den Diskussionen der Kommission ergaben sich zwei zusätzliche Varianten zum Initiativ-Vorschlag: Eine mit einer schmalen Treppe, die andere mit der sogenannten „Kanzel“. Roger Moll macht darauf aufmerksam, dass es zwar noch zwei weitere Vorschläge gab, diese dem Initiativtext aber nicht entsprachen. Diese beiden initiativnahen Varianten wurden dann nochmals mit Herbert Schmidt und dem Initiativkomitee ausgearbeitet. Grundsätzlich hat das Komitee immer an der Initiative festgehalten, was es auch mit zwei eingeschriebenen Briefen an den Gemeinderat manifestiert hat. Darin stand auch die Aufforderung, die Vorlage zu splitten, denn in der Initiative wurde versprochen, dass die Treppe nicht mehr als CHF 100 000 kostet und daran hält das Komitee fest. Leider ist der Gemeinderat dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Roger Moll geht es vor allem darum, die Versprechen, die in der Abstimmungsvorlage gemacht wurden, einzuhalten. Davon ist auch das Versprechen von Herrn Eckenstein nicht ausgeschlossen. Auch aus Sicht des Initiativ-Komitees ist die Umsetzung der Initiative die günstigste Variante. Eine Rückweisung an den Gemeinderat oder die Überweisung an die Bau- und Planungskommission ist nach Meinung des Redners unumgänglich, da es zu viele - auch finanzielle - Differenzen gibt. Es gilt, eine gute Lösung zu finden, die allen gerecht wird und auch die Binninger Bevölkerung freut.

FDP: Daniel Zimmermann könnte die Überweisung an die BPK unterstützen, wenn diese Bauvorlage qualitativ einigermaßen den Ansprüchen entsprechen würde. Seiner Meinung nach ist dies bei dieser Vorlage in keiner Weise der Fall. Nach all den Aussagen am heutigen Abend stellt er sich die Arbeit der BPK schwierig vor und seiner Meinung nach besteht die Gefahr, dass die Kommission in Versuchung kommt, selber architektonische Vorschläge zu machen. Für ihn heisst die Lösung, die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Gemeinderat Mike Keller gibt Antworten auf drei Voten:

1. Lift: CHF 60 000, inkl. allem.
2. Der Gemeinderat begrüsst eine Überweisung an die BPK.
3. In der Kommission lag zu jeder Variante die Kostenzusammenstellung mit dreistufiger BKP-Nummerierung vor. Die Kosten wurden mit den Varianten zusammen diskutiert und Mike Keller wundert sich, dass nun die Kommission der Meinung ist, die Vorlage schiesse über das Ziel hinaus. Es gab genügend Fachleute, die damals schon, nicht erst heute, ihre Gedanken und Voten

hätten einbringen können. Der Gemeinderat weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Aufsplitzung wie gewünscht vorgenommen wurde. Die Kosten der Treppe wurden wie verlangt separat ausgewiesen, die restlichen Positionen ebenfalls. Er betont noch einmal, dass der Unterschied zur Vorgabe der Initiative einzig der Rückbau der Treppe ist, der mit CHF 20 000 zu Buche schlägt. Im Gemeinderat war man der Ansicht, dass das Schloss mit nur einer Treppe ein schöneres Bild abgibt. Selbstverständlich kann auf diesen Rückbau verzichtet werden, die Kosten sind ja separat ausgewiesen.

SVP: Urs-Peter Moos widerspricht Mike Keller. Die CHF 60 000 sind nur der Lift ohne die baulichen Massnahmen, die zur Realisierung nötig waren. Die SVP hält am Antrag auf Überweisung an die BPK fest, weil mit den bestehenden Varianten und den vorhandenen Zahlen gearbeitet werden kann und sie verhindern möchte, dass die Umsetzung der Initiative verzögert wird.

Vreni Dubi: Die *SP-Fraktion* ist ganz klar für eine Rückweisung. Sie erwartet eine anständige Bauvorlage, die BPK soll nicht wieder selber anfangen zu planen. Genau betrachtet ist nur eine halbe Seite der Vorlage Bauplan, der Rest ist geschichtliche Aufarbeitung der Geschehnisse. Die nächste Vorlage muss einen Aufriss, einen Grund- und Seitenriss aufweisen und diese Pläne sollen für alle einsichtig sein. Man wünscht nicht, dass wieder nur den Fraktionspräsidenten ein schlecht kopierter Plan zugestellt wird. Dies liegt in der Verantwortung des Gemeinderates, nicht in der Verantwortung der BPK.

Abstimmung:

Mit 27 Ja, 10 Nein und 0 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 172

Bericht / Antrag der GRPK vom 24.5.2011:

Wahlen/Abstimmungen

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29. August 2011 traktandiert.

Traktandum 12

Gesch. Nr. 143

Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 5.4.2011:

Motion Grüne/EVP vom 25.2.2011:

Abstimmungsreglement für die Gemeinde Binningen

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29. August 2011 traktandiert.

Traktandum 13**Gesch. Nr. 141**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:

Motion Urs Peter Moos, SVP, für ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29. August 2011 traktandiert.

Traktandum 14**Diversa****Anfrage U.-P. Moos, SVP, zur vom Gemeinderat zur Umsetzung der Schlossmauer-Initiative eingesetzten Baukommission****Gesch. Nr. 177**

1. Welche Personen (Vorname/Name) waren in der vom Gemeinderat eingesetzten Baukommission vertreten?

Mike Keller: Vom Initiativ-Komitee Roger Moll und Herbert Schmidt, seitens Gemeinderat Bruno Gehrig (Vorsitz) und Agathe Schuler, als Bauingenieur Rolf Seeholzer aus Muttenz, als Fachexpertin Architektin Beatrice Bayer, Basel.

2. Welche weiteren Personen (Vorname/Name) begleiteten die Baukommission in ihrer Tätigkeit?

Mike Keller: Daniel Schneider, Landschaftsarchitekt, Olten (Zeichnungen).

3. Welche Personen von der Bauabteilung der Gemeinde Binningen waren zusätzlich involviert?

Mike Keller: Theo Hauser, AL Bauadministration und Technische Betriebe (Protokoll), Pirkko Zimmermann, AL Raumplanung und Umwelt.

4. Welche Kosten (gemäss vorliegenden, resp. ausstehenden Rechnungen) entstanden durch das Mitglied der gemeinderätlichen Fachgruppe für Bau- und Planungsfragen, welches in der Baukommission vertreten war?

Mike Keller: CHF 1 280 Expertenonorar.

5. Welche Kosten (gemäss vorliegenden, resp. ausstehenden Rechnungen) entstanden durch den beigezogenen Landschaftsgärtner?

Mike Keller: CHF 12 902.15 (inkl. Nebenkosten und MwSt.).

6. Welche Kosten (gemäss vorliegenden, resp. ausstehenden Rechnungen) entstanden durch den beigezogenen Bauingenieur?

Mike Keller: CHF 357.50 Sitzungsgelder als Mitglied der Baukommission.

FDP: Stefan Kaiser stellt einen Rückkommensantrag zum Geschäft 172, Wahlen/Abstimmungen, da dieses Thema hohe Wellen geworfen hat. Falls der Empfehlung der GRPK zugestimmt würde, hätten die Gemeindeverwaltung und das Wahlbüro genügend Zeit, die Sache vorzubereiten, damit die nächsten Wahlen reibungslos verlaufen.

SP: Vreni Dubi hat einen anderen Vorschlag: Im Bericht wurde der Termin 31. August gesetzt. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 29. August statt. Die Anträge können nicht bis am 31.8. umgesetzt werden, wenn sie erst dann beschlossen werden. Sie schlägt darum vor, die Frist um einen Monat zu verlängern.

SVP: Urs-Peter Moos: Es geht um Pflichtenhefte der Gemeindeverwaltung und des Wahlbüros, deren Erstellung bereits im Gange ist und der Redner ist überzeugt davon, dass sowohl die Verwaltung, wie auch das Wahlbüro gewillt sind, den Termin einzuhalten, unabhängig davon, ob dieses Geschäft am heutigen Abend beschlossen wird.

Gemeindepräsident Charles Simon: Die beiden Handbücher sind praktisch fertig, sie müssen intern noch genehmigt werden. Der Termin wird auf jeden Fall eingehalten.

Stefan Kaiser zieht seinen Antrag zurück.

Alex Achermann begrüsst einen Gast des frisch gewählten Einwohnerrat-Präsidenten Christian Schaub, nämlich den hochgeachteten Herrn Meister zu einer ehrenwerten Zunft zu Rebleuten, Herrn Eduard Etter.

Simone Abt von der Spezialkommission Bauabrechnung Schlosspark lässt Folgendes mitteilen: Bisher haben vier Sitzungen der Gesamtkommission stattgefunden. Ende Februar wurde ein Auftrag an einen Experten erteilt und eine dreiköpfige Sub-Kommission begleitet die Arbeit dieses Experten. Nach Einschätzung von Simone Abt gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen der Bauabteilung und dem Experten schwieriger als erwartet, weshalb sich die Arbeit erheblich verzögert. Die Spezialkommission hätte gerne vor der Sommerpause einen Zwischenbericht erstattet, doch mit den bisherigen Grundlagen wäre dies nicht sinnvoll gewesen. Für ergänzende Mittelungen steht Simone Abt gerne zur Verfügung.

Schlusswort von *Alex Achermann* als Präsident des Einwohnerrats:

Das Amtsjahr 2010/2011 war ein anspruchsvolles. Speziell zu erwähnen sind die diesjährige Budgetsitzung, sowie das Entlastungsprogramm KAP. Die beiden grossen Vorlagen wurden erfolgreich durch das Parlament gebracht, weitere Vorlagen wurden beschlossen, einige in Kommissionen überwiesen oder an den Gemeinderat zurückgewiesen, andere wurden an einer Volksabstimmung abgelehnt. Alex Achermann dankt allen, die zum Gelingen des einwohnerrätlichen Geschehens beigetragen haben, insbesondere dem Vizepräsidenten Christian Schaub, dem Büro, den Stimmenzählern, den Mitgliedern der Verwaltung, den Medien...überhaupt allen Personen, die mit ihrem unentbehrlichen Wirken zur erfolgreichen Tätigkeit des Einwohnerrats Binningen beigetragen haben. Ganz besonders würdigt er die grosse Arbeit des Gemeinderats. Auch die Mitglieder des Gemeinderats üben ihre Arbeit als Miliz-Gemeinderäte aus und Alex Achermann bewundert den unermüdlichen Einsatz der sieben für das Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner von Binningen. Als Einwohnerratspräsident hat sich Alex Achermann immer für den Ausgleich eingesetzt und versucht, ein Klima zu schaffen, welches das Finden von Kompromissen ermöglicht. Er hofft, dass ihm das gelungen ist. Das Amt hat er jederzeit mit Freude ausgeführt, er bedankt sich bei allen, die ihn unterstützt haben und gibt das Wort an

Christian Schaub: Er bedankt sich bei Alex Achermann im Namen des Einwohnerrats für die grosse Arbeit und die souveräne Führung. Sein parlamentarisches Wissen hat sehr geholfen, die zum Teil umfangreichen und komplexen Geschäfte gut und elegant über die Bühne zu bringen. Des Weiteren wünscht er ihm alles Gute in seinem neuen Amt als 1. Landschreiber.

Alex Achermann erwähnt noch, dass der traditionelle Apéro vor der Sommerpause dieses Jahr von der Zunft zu Rebleuten offeriert wird und bedankt sich dafür an dieser Stelle.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am Montag, 29. August 2011, 19.30 Uhr, statt.